

Wahlprogramme auf dem Prüfstand

Diskussion migrationspolitischer Forderungen aus Sicht von Wissenschaft und Praxis

*Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien
(IMIS)*

Sonderforschungsbereich "Produktion von Migration"

ThinkTank Migrationspolitik

10. Februar 2025

Flucht & Asyl

Es diskutieren...

- **Alaa Eddin Alshibli** (Jugend- und Bildungsarbeit, Kölner Flüchtlingsrat)
- **Dr. Franck Düvell** (Fluchtforschung, Universität Osnabrück)
- **Alexandra Franke** (Referentin Migration/Flüchtlingshilfe, Caritasverband für die Diözese Osnabrück e.V.)
- **Prof. Dr. Thomas Groß** (Rechtswissenschaften, Universität Osnabrück)

Moderation: Vera Hanewinkel



Ja	Nein	Kommt nur bedingt vor	Wird nicht behandelt
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten

LINKE	<input type="checkbox"/>	"Die Verantwortung [für Asylverfahren] darf nicht mithilfe von sicheren Drittstaaten- oder Herkunftslandregelungen verlagert werden."
BSW	<input checked="" type="checkbox"/>	"Asylverfahren sollten nach Möglichkeit außerhalb der EU in sicheren Drittstaaten stattfinden."
Grüne	<input type="checkbox"/>	"Der Asylantrag von Menschen, die in der EU angekommen oder bereits hier sind, muss in der EU inhaltlich geprüft werden. Wir stellen uns der Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten entgegen"
SPD	<input type="checkbox"/>	"Die Externalisierung von Asylverfahren lehnen wir ab. Schutzsuchende müssen Zugang zu fairen und rechtsstaatlichen Verfahren in der EU erhalten."
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>	"Asylverfahren sollen (...) auch in Drittstaaten stattfinden, wenn Schutzsuchende dort sicher und rechtstaatliche Verfahren gewährleistet sind"
CDU/CSU	<input checked="" type="checkbox"/>	"Jeder, der in Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat überführt werden und dort ein Asylverfahren durchlaufen. Im Falle eines positiven Ausgangs wird der sichere Drittstaat dem Antragsteller vor Ort Schutz gewähren."
AfD	<input checked="" type="checkbox"/>	"Wir werden uns dafür einsetzen, dass Asylverfahren und Anträge auf subsidiären Schutz zukünftig außerhalb Deutschlands gestellt und bearbeitet werden."

Ja	Nein	Kommt nur bedingt vor	Wird nicht behandelt
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="radio"/>	—

Asylverfahren beschleunigen

LINKE	—	
BSW	<input checked="" type="checkbox"/>	"[...] die Verfahren [müssen] so gestrafft werden, dass sie im Normalfall in drei Monaten abgeschlossen werden."
Grüne	<input type="radio"/>	"Wir wollen zügige und faire [Asyl-]Verfahren und damit Klarheit für Betroffene und für die Kommunen schaffen."
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>	"Wir setzen auf eine deutliche Beschleunigung der Asylverfahren – sowohl beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wie auch bei den verwaltungsgerichtlichen Verfahren. Mit umfassender Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung wollen wir sicherstellen, dass Asylentscheidungen innerhalb von sechs Monaten getroffen werden können."
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>	"Asylverfahren und Asylgerichtsverfahren müssen weiter beschleunigt werden."
CDU/CSU	<input checked="" type="checkbox"/>	"Um Asylverfahren zu beschleunigen [...], stufen wir weitere Länder als „sichere Herkunftsländer“ ein."
AfD	<input checked="" type="checkbox"/>	"Die Asylverfahren vor den Verwaltungsgerichten werden wir im Rahmen rechtsstaatlicher Möglichkeiten straffen. Zum Abbau von Altfällen werden wir das Personal erhöhen."

Rückführungen / Abschiebungen

LINKE	<input type="checkbox"/>	"Wir fordern Legalisierungsmöglichkeiten für Menschen ohne Aufenthaltsstatus [...] Abschiebungen, insbesondere in Krieg, Verfolgung und Elend oder als Form der Doppelbestrafung, lehnen wir ab."
BSW	<input checked="" type="checkbox"/>	"Wir fordern, Gesetze und nötigenfalls das Grundgesetz so zu ändern, dass [...] der Schutz vor Abschiebung auf Fälle begrenzt wird, in denen klare Indizien vorliegen, dass dem Betroffenen im Herkunftsstaat die Todesstrafe droht."
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>	„Wer [...] kein Aufenthaltsrecht hat und bei dem keine Abschiebungshindernisse entgegenstehen, muss zügig wieder ausreisen. Die freiwillige Rückkehr hat für uns Vorrang. [...] Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete verbieten sich. Ausreise pflichtige, die schwere Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung ihrer Strafen prioritär zurückgeführt werden.“
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>	"Rückführungen sollen human und konsequent erfolgen. Freiwillige Ausreisen bevorzugen wir [...]. Wird dies verweigert, setzen wir auf rasche wie konsequente Abschiebungen, insbesondere bei Straftätern."
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>	"Wer ohne Bleiberecht hier ist, der muss unverzüglich in seine Heimat zurückkehren. [...] Zuständigkeit für Abschiebungen auf der Bundesebene zentralisieren."
CDU/CSU	<input checked="" type="checkbox"/>	„Bundespolizei muss [...] Kompetenz erhalten, ausreisepflichtige Ausländer vorübergehend in Haft oder Ausreisegewahrsam zu nehmen, um ihre Abschiebung sicherzustellen.“ unbegrenzter Ausreisearrests für ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder; „umfassendes Gesetz, um Zahl der Rückführungen zu steigern“; Frontex soll bei Rückführungen unterstützen; schärfere Regeln in Europa; mehr Unterstützung der Länder durch den Bund > Bundesausreisezentren schaffen; regelmäßig nach Afghanistan und Syrien abschieben – vor allem Straftäter und Gefährder
AfD	<input checked="" type="checkbox"/>	„konsequente Abschiebung aller ausreisepflichtigen Personen“, „Abschaffung aller Bleiberechtsregelungen für ausreisepflichtige Personen“, „Ersatz der Duldung durch eine Bescheinigung über die Ausreisepflicht“, „massiver Druck auf nicht rücknahmebereite Herkunftsländer“, „Förderung der freiwilligen Rückkehr“, „Unverzögliche Rückführung ausländischer Gefährder, Extremisten und Schwerkrimineller entweder in ihre Herkunftsländer oder in aufnahmebereite Drittstaaten“, „Konsequente Ahndung der Abschiebeverhinderung durch NGOs“, „Ausbau von Haft- und Gewahrsamsplätzen in Grenznähe und an den internationalen Flughäfen“

Zurückweisungen (an den deutschen Grenzen)

LINKE	✗	"Systematische Binnengrenzkontrollen und Zurückweisungen von Schutzsuchenden an den Grenzen sind unzulässig."
BSW	—	<i>("wer aus einem sicheren Drittstaat einreist, hat kein Recht auf Aufenthalt.")</i>
Grüne	—	<i>(lehnen dauerhafte stationäre Binnengrenzkontrollen ab)</i>
SPD	✗	"Grenzschließungen und Pauschalzurückweisungen an den Binnengrenzen widersprechen dem Geist eines gemeinsamen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Die befristete Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen muss deshalb die absolute Ausnahme bleiben."
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>	"Als Freie Demokraten unterstützen wir die modellhafte Erprobung von Zurückweisungen an den deutschen Außengrenzen, um alle rechtlichen Möglichkeiten zur Begrenzung der irregulären Migration auszuschöpfen."
CDU/CSU	<input checked="" type="checkbox"/>	"Wir setzen einen faktischen Aufnahmestopp sofort durch. Dazu weisen wir diejenigen an den deutschen Grenzen zurück, die aus einem anderen Mitgliedstaat der EU oder dem Schengen-Raum nach Deutschland einreisen und bei uns einen Asylantrag stellen wollen. Die erforderlichen Kontrollen an den deutschen Grenzen verlängern wir, solange es notwendig ist. Zugleich investieren wir in modernste Grenzsicherungstechnik, wie etwa in Drohnen, Nachtsicht- und Wärmebildkameras."
AfD	<input checked="" type="checkbox"/>	"Kontrollen und damit verbundene Zurückweisungen an der Grenze müssen als selbstverständliches Recht souveräner Staaten aufgefasst werden. Die AfD wird eine deutliche Kehrtwende in der bisherigen Migrationspolitik einleiten und die Staatsgrenzen wieder kontrollieren"

Arbeitsmigration

Es diskutieren...

- **Prof. Dr. Helen Schwenken** (Soziologie, Universität Osnabrück)
- **Nicole Verlage** (Geschäftsführerin DGB-Region Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim)
- **Sebastian Winter** (Stabsstelle Internationale Pflegefachpersonen, Klinikum Osnabrück)

Moderation: Christina Mecke



Ja	Nein	Kommt nur bedingt vor	Wird nicht behandelt
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Öffnung des Arbeitsmarkts für weitere Zielgruppen Zugewanderter

LINKE	—	
BSW	✗	Vor allem junge Leute in Arbeit bringen statt Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>	Fachkräfteeinwanderungsgesetz weiterentwickeln; "Job-Turbo"; wenn als sinnvoll erachtet, pragmatischer Ansatz des Spurwechsels vertretbar
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>	Fachkräfteeinwanderungsgesetz weiterentwickeln und unbürokratisch umsetzen, "Job-Turbo" zur Arbeitsmarktintegration für geflüchtete Personen
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>	Blaue Karte EU weiter für nicht-akademische Fachkräfte öffnen, Abschaffung der Gehaltsuntergrenze; Westbalkanregelung ausweiten; Möglichkeit des Spurwechsels für "gut integrierte Schutzsuchende, [...] wenn sie so qualifiziert sind, dass sie und ihre Familien von eigener Arbeit ohne Transferleistungen leben können"; Orientierungsvisum für Absolvent:innen der besten Universitäten
CDU/CSU	—	
AfD	✗	Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes; Auswahl nach Punktesystem nach „klaren Auswahlkriterien“; Fokus auf Arbeitskräfte aus EU-Staaten bei gleichzeitiger „Bekämpfung des Missbrauchs“; Blaue Karte EU weiterentwickeln und vor allem auf MINT-Berufe anwenden; gegen „Vermischung von qualifizierter Zuwanderung [...] und humanitärem Schutz“

Ja	Nein	Kommt nur bedingt vor	Wird nicht behandelt
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Prozesse beschleunigen, Strukturen vereinfachen

LINKE	<input checked="" type="checkbox"/>	schnellere Anerkennung der Qualifikationen und Abschlüsse
BSW	<input type="checkbox"/>	
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>	leichtere Anerkennung und Anrechnung von Bildungsabschlüssen und Berufserfahrung; Visa zur Erwerbsfähigkeit komplett digitalisieren und Wartezeiten verkürzen; Arbeitsverbote abbauen; Verfahren vereinfachen und beschleunigen
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>	Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und Qualifikationen beschleunigen und vereinfachen; Ankunftsstrukturen optimieren; Stärkung der Ausländerbehörden; Etablierung eines One-Stop-Government-Verfahren
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>	Einwanderungsgesetz "aus einem Guss"; nur noch eine staatliche Stelle ("One-Stop-Shop"); Visaprozesse "auf den Prüfstand stellen"
CDU/CSU	<input checked="" type="checkbox"/>	Attraktiver Standort für ausländische Fachkräfte werden; Anerkennung ausländischer Qualifikationen beschleunigen und vereinfachen; schnellere und digitale Verfahren; Schaffung einer digitalen „Bundesagentur für Einwanderung“, die sich um alle Stadien der Einwanderung kümmert
AfD	<input type="checkbox"/>	



Integration & Teilhabe

Es diskutieren...

- **Dr. Senka Karić** (Erziehungswissenschaft, Universität Osnabrück)
- **Simon Ritz** (Meine Bildung und Ich e.V.)
- **Sebastian Winter** (Stabsstelle Internationale Pflegefachpersonen, Klinikum Osnabrück)

Moderation: Miriam Sachs



Ja	Nein	Kommt nur bedingt vor	Wird nicht behandelt
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="radio"/>	<input type="checkbox"/>

Integration fördern

LINKE	<input type="radio"/>	Die Zuständigkeit für Migration und Integration muss dem Bundesinnenministerium entzogen werden. Wir fordern ein Bundesministerium für Migration und Partizipation.
BSW	<input type="radio"/>	Zusätzliche Angebote zur Integration für Kinder mit durch einen Test festgestellten Deutsch-Defiziten; Konstruktive Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, die zur Integration beitragen.
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>	Asylrechtsänderungen sollen Integration unterstützen und nicht behindern. Integration fördern, in und durch Bildung. Der stärkste Motor für Integration sind Spracherwerb, Arbeit und Beschäftigung.
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>	Wir wollen die Integration verbessern und Fachkräfteeinwanderung vereinfachen. Die dauerhafte und auskömmliche Finanzierung der für gelingende Integration notwendigen Strukturen ausbauen.
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>	Integration ermöglichen und gestalten. Die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft ist begrenzt.
CDU/CSU	<input checked="" type="checkbox"/>	Integration fördern, aber intensiver als bisher einfordern durch z.B. verpflichtende Integrationsvereinbarungen (Etappenziele setzen und kontrollieren).
AfD	<input checked="" type="checkbox"/>	Die Integrationsfähigkeit ist durch eine strikte Begrenzung des Zugangsgeschehens wiederherzustellen. Keine Integration Aufenthaltsunberechtigter um jeden Preis / Asylindustrie eingrenzen. Aktive Beteiligung aller Migranten an einer gelingenden Integration .



Ja	Nein	Kommt nur bedingt vor	Wird nicht behandelt
☑	✗	⦿	—

Teilhabe für Menschen mit Migrationsgeschichte fördern

LINKE	☑	Fonds für Willkommenskommunen: Fördermittel für Versorgung & Teilhabe Geflüchteter; Bundespartizipationsgesetz: Menschen mit Migrationsgeschichte besser einbeziehen; Quote: Höherer Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte in der öffentlichen Verwaltung; Partizipationsrat (mit migrantischen Selbstorganisationen): Einbindung in Wirtschaft, Wissenschaft & Politik
BSW	⦿	Kinder, Jugendliche und ihre Familien gezielt aus der Armut holen und ihnen Chancen auf Teilhabe , Talentförderung und gute Bildung – unabhängig von der Herkunft – eröffnen.
Grüne	☑	Mit einem Bundespartizipationsgesetz und einem Partizipationsrat stärken wir die Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte; Bildung für Chancengleichheit stärken – für Kinder mit Migrationsgeschichte & benachteiligte Familien; Deutschland als Einwanderungsland: Schutz, Teilhabe , klare Haltung gegen Diskriminierung.
SPD	☑	Ein Partizipationsgesetz soll Teilhabe hürden abbauen, Chancengleichheit fördern und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken; Wir sichern Chancengleichheit und diskriminierungsfreie Teilhabe und bekämpfen jede Form von Menschenfeindlichkeit.
FDP	—	
CDU/CSU	✗	Das Erlernen der deutschen Sprache legt den Grundstein für Integration und Teilhabe .
AfD	✗	Die Teilhabe an unserer freiheitlich demokratischen Gesellschaft ist an Voraussetzungen geknüpft. Dazu gehören das Erlernen der deutschen Sprache und das Anerkennen unserer Werte bzw. unseres Rechtsstaates.



Ja	Nein	Kommt nur bedingt vor	Wird nicht behandelt
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="radio"/>	—

Sprach- und Integrationskurse fördern

LINKE	<input checked="" type="checkbox"/>	Flächendeckende kostenlose Sprachkurse; Bundesprogramm für Aus-, Fort- und Weiterbildungen von Lehrkräften; Sprach- und Alphabetisierungskurse auch für Eltern und Geschwister von migrantischen Kindern; Angebot zum Spracherwerb an Schulen erweitern
BSW	<input type="radio"/>	System der Erwachsenenbildung; Verpflichtender Deutschtest ab 3 Jahren, bei Defiziten verpflichtender Kita-Besuch mit Integrations- und Sprachbildungsangeboten
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>	Bedarfsgerechte, finanzierte Integrations- und Sprachkurse ab Ankunft, barrierefrei für alle, besonders Eltern und Mütter. Ergänzend digitale Sprachangebote ab dem ersten Tag; kontinuierliche Sprachförderung von Kita bis Ausbildung
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>	Ausbau und dauerhafte Finanzierung von Integrationsstrukturen wie berufsbegleitenden Integrationskursen und umfassender Deutschsprachförderung
FDP	<input type="radio"/>	Integrationskurse auf Wirksamkeit überprüfen; Trennung von Sprach- und Integrationskursen (aktueller Ansatz ineffektiv und teuer); Modular und leistungsdifferenziert, mit dem Ziel des Spracherwerbs zur Arbeitsmarktintegration; Kurse müssen berufsbegleitend möglich sein; Verpflichtende Sprachtests und Förderung für Vorschulkinder
CDU/CSU	<input checked="" type="checkbox"/>	Breites Angebot an Deutsch- und Integrationskursen; Berufsbegleitender Spracherwerb; Kinder mit Förderbedarf in vorschulische Programme, Neustart von Sprach-Kitas, Fortführung bewährter Programme für Familien mit Zuwanderungsgeschichte wie spezielle Integrationskurse
AfD	<input checked="" type="checkbox"/>	Spracherwerb auf mindestens B2-Niveau innerhalb von 2 Jahren, in Ausnahmefällen bis zu 5 Jahren. Kosten für selbstverschuldete Misserfolge bei Integrationsmaßnahmen (z.B. abgebrochene Sprachkurse) müssen zurückgezahlt werden.

Ja	Nein	Kommt nur bedingt vor	Wird nicht behandelt
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte abschaffen

LINKE	—	
BSW	—	
Grüne	✗	Kinder brauchen ihre Eltern, Eltern brauchen ihre Kinder – auch um anzukommen und sich zu integrieren: Familiennachzug erleichtern, Einschränkungen aufheben und Verfahren beschleunigen – ohne verpflichtende Sprachnachweise vor der Einreise.
SPD	✗	Wir werden die Familienzusammenführung für subsidiär Schutzbedürftige weiterhin ermöglichen, da sie eine entscheidende Voraussetzung für eine gelungene Integration darstellt.
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>	Den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten wollen wir aussetzen und Aufnahmeprogramme pausieren.
CDU/CSU	<input checked="" type="checkbox"/>	Wir setzen den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten aus und beenden alle freiwilligen Aufnahmeprogramme.
AfD	<input checked="" type="checkbox"/>	Wegfall des grundsätzlichen Nachzugsanspruches für Familienangehörige subsidiär Schutzberechtigter



Weitere Informationen:





**VIELEN
DANK!**

Weitere Informationen und Kontakt:

producingmigration.org

vera.hanewinkel@uni-osnabrueck.de